

Hannover, 29. August 2013

## **So nicht Rot-Grün!**

### **10.000 PädagogInnen geben Landtag eine riesige Nachhilfestunde GEW-Chef Brandt: „Bildungsreform ja, aber nicht auf Kosten der Beschäftigten“**

Niedersachsens Lehrerinnen und Lehrer haben heute auf dem Platz vor dem Landtag in Hannover eine riesige Nachhilfestunde gehalten. „Unsere Demonstration hat eine klare Botschaft an die Landesregierung. So nicht, Rot-Grün! Ihr müsst nachsitzen: Eure Schulreformen sind richtig und notwendig, aber sie dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Die Kultusministerin braucht mehr Geld. Das müssen die Fraktionen von SPD und Grünen korrigieren“, erklärte Eberhard Brandt, Vorsitzender der GEW Niedersachsen. Die GEW hat gemeinsam mit den anderen Lehrerverbänden zur Demonstration vom Kultusministerium zum Landtag aufgerufen. Über 10.000 Lehrkräfte aus ganz Niedersachsen sind dem Aufruf gefolgt und haben damit für die zweitgrößte Lehrerdemonstration in Niedersachsen gesorgt, die es in diesem Jahrhundert gegeben hat. „Das war heute ein starkes Signal an die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen“, so Brandt. Man habe deutlich gemacht, dass die Lehrkräfte weder eine Arbeitszeitverlängerung an Gymnasien noch den Bruch der Vereinbarung zur Altersermäßigung akzeptieren könnten. „Während der Laufzeit des Lehrerarbeitszeitkontos sollte jede Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung ausgeschlossen sein. Jetzt werden unsere KollegInnen um die Rückgabe einer Stunde Mehrarbeit betrogen. 2008 hatte wir den letzten Versuch abgewehrt, uns beim Arbeitszeitkonto zu betrügen.“ Die letzte SPD-Regierung habe mit der GEW im Jahr 2000 vereinbart, dass die Unterrichtsverpflichtung ab 2014 für Kollegen ab 55 Jahren um eine Stunde, ab 60 Jahren um zwei Stunden verringert wird. Bis 2013 sind diese Stunden zur Finanzierung der 2013 ausgelaufenen Altersteilzeitregelung verwendet worden. Es sei ein grober Vertrauensbruch gegenüber der GEW und den Beschäftigten, wenn nun eine neue SPD - geführte Landesregierung die Vereinbarung mit der GEW für nichtig erklärt.

Rot-Grün hat viele Veränderungen im Schulbereich angekündigt, die sie gemeinsam mit allen Beteiligten diskutieren und auf den Weg bringen wollen und die die GEW auch begrüße. „Dazu passt nicht, dass die wenn sie den Lehrkräften in die Kniekehlen tritt“, sagte Brandt weiter. Er hoffe darauf, dass die gemeinsame Demonstration der GEW mit den anderen Lehrerverbänden die Regierungskoalition zum Nachdenken bringt. Die GEW verkenne nicht, dass Rot-Grün einen Kraftakt unternehmen muss, um die krasse Unterfinanzierung der Bildung in den Bereichen Ganztags, KITA und Inklusion auszugleichen, die Schwarz-Gelb versaubert hat. Die Kultusministerin brauche 200 Mio. mehr, damit ihre Schulpolitik ausreichend finanziert sei. „Das Politikversagen von Schwarz-Gelb darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst werden!“ fordert der GEW-Landesvorsitzende.

Interessiert habe die GEW vernommen, dass sich die Grünen für eine zukunftsfähige Altersermäßigung einsetzen. Die GEW habe angeboten, über eine berufsspezifische Altersregelung zu verhandeln, zu der auch eine akzeptable Altersteilzeit gehöre. „Wenn die Grünen es ernst meinen, müssen sie sich im Rahmen der Haushaltsberatungen für eine entsprechende Aufstockung des Kultusetats einsetzen. Ein Verhandlungsangebot mit leeren Taschen bringt nichts“, so Eberhard Brandt.

Verantwortlich: Richard Lauenstein